



Hochspannungsleitung in Niedersachsen

JULIAN STRATENSCHULTE / DPA

Strommarkt Österreich abklemmen

Die Bundesregierung droht Österreich damit, den Vertrag über den gemeinsamen Strommarkt zu kündigen. Damit eskaliert ein Streit, der seit einigen Monaten zwischen Wien und Berlin über die deutsche Energie- wende tobt. Wenn viel Wind- und Solarstrom produziert wird, flutet billiger Strom aus Deutschland die Elektrizitätsnetze der Anrainerstaaten. Der österreichische Umweltminister Andrä Rupprechter hatte eine Allianz dieser Länder angekündigt, weil durch die Billigstromschwemme nicht nur deren Netze durcheinandergerie-

ten, sondern auch eine Energie- wende in Österreich erschwert werde (SPIEGEL 41/2016). Bundeswirtschafts- minister Sigmar Gabriel (SPD) legte Wien nahe, den gemeinsamen Strommarkt zu verlassen. Am Rande des Treffens der europäischen Handelsminister vergangen- en Dienstag in Luxemburg sprach Gabriel mit seinem österreichischen Kollegen Reinhold Mitterlehner, der die Abkoppelung seines Landes vom deutschen Strommarkt erneut ablehnte. Gabriel hatte ihm zuvor bereits per Brief angekündigt, im Notfall den Vertrag einseitig zu kündigen. Dies stehe nun unmittelbar bevor, heißt es aus deutschen Regierungskreisen. gt

Terrorismus GSG 9 gegen IS

Nach den Pannen bei der Festnahme des mutmaßlichen IS-Attentäters Jaber Albakr in Chemnitz fordern Innenpolitiker der Großen Koalition, bei ähnlichen Lagen grundsätzlich die Antiterrorereinheit GSG 9 der Bundespolizei einzusetzen. „Versäumnisse, wie sie in Sachsen zutage traten, sind lebensgefährlich und dürfen sich nicht wiederholen“, sagt

Burkhard Lischka, innenpoliti- scher Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion. Notfalls müsse man die GSG 9 dafür vergrößern. Armin Schuster, Innenexperte der CDU, forderte, die Bundesanwaltschaft müsse „früher Flagge zeigen als bisher“. Damit wären im Regelfall das Bundes- kriminalamt und die GSG 9 eingeschaltet. „Man hätte hier klotzen müssen, nicht kleckern“, so Schuster. jös, kno *Lesen Sie zum Fall Albakr auch Seite 50.*

Facebook Schärfere Regeln – nächstes Jahr

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) arbeitet an härteren Vorschriften gegen strafbare Hasskommentare auf Facebook. „Es ist denkbar, die rechtliche Verantwortung derjenigen Konzerne gesetzlich auszuweiten, die als Teil ihres Geschäftsmodells die Verbreitung strafbarer Hasskommentare technisch ermöglichen“, sagt Maas. Facebook könnte dann für strafbare Kommentare seiner Nutzer juristisch belangt werden. Derzeit sind soziale Netzwerke nur verpflichtet, solche Kommentare zu löschen, was nur zögerlich geschieht. Maas will sich zudem dafür einsetzen, eine geplante EU-Richtlinie auf Facebook zu erstrecken, derzufolge Mediendienste wie Netflix insbesondere junge Nutzer vor schädlichen In-

halten schützen müssen. „Wir werden in der EU überlegen müssen, ob wir nicht auch die Betreiber sozialer Netzwerke einbeziehen“, sagt Maas. Er will außerdem erreichen, dass Social-Media-Anbieter mit Beschwerden von Nutzern transparenter umgehen: „Eine Lösung kann sein, soziale Netzwerke rechtlich zur Offenlegung zu verpflichten, wie viele Beschwerden wegen strafbarer Hasskommentare sie bekommen haben und wie sie damit umgehen.“ Dann könnten die Unternehmen ihren Nutzern „nicht nur nichtssagende Standardantworten schicken“, so Maas. Ehe die Gesetzesvorhaben in die konkrete Bearbeitung gehen, will der Justizminister aber noch einen Abschlussbericht über den Umgang der sozialen Netzwerke mit Hasskriminalität abwarten. Der Bericht soll im März vorliegen. ama

Linkspartei Bewegt euch, Genossen!

Nachdem sich rund hundert Politiker von SPD, Linken und Grünen getroffen haben, fordert Ex-Linkspartei-Chef Klaus Ernst seine Genossen zu Kompromissbereitschaft auf. „Meiner Partei rate ich, das als Chance zu begreifen“, sagte Ernst. „In einem rot-rot-grünen Bündnis ließen sich viele unserer Vorstellungen umsetzen: ein höherer Mindestlohn, ein faireres Steuersystem, Verbesserungen bei der Rente.“ Im Gegenzug sei

auch klar, dass die Linke der SPD und den Grünen entgegenkommen müsse. „Natürlich könnten wir in so einem Bündnis nicht eins zu eins das Grundsatzprogramm der Linken umsetzen“, sagte Ernst. „In der Außenpolitik wäre ein Austritt aus der Nato vermutlich nicht durchsetzbar, aber zum Beispiel bei Rüstungsexporten wären Fortschritte in unserem Sinn möglich.“ Linksfraktions- chefin Sahra Wagenknecht reagierte verhalten auf das Rot-Rot-Grün-Treffen, bei dem überraschend auch SPD- Chef Sigmar Gabriel vorbeig-



UWE ANSRICH / DPA

Ernst, Wagenknecht

geschaut hatte. „Es ist richtig, miteinander zu reden“, sagte Wagenknecht. Wichtiger als „inszenierte Auftritte von Gabriel“ wäre für sie aber, wenn die SPD „auch nur zaghafte Ansätze erkennen ließe“, ihre unsoziale Politik zu ändern. wow